

Gemeinderat - öffentlich - vom 09.12.2014
1) TOP Bürger fragen

Keine.

2) TOP 1-150/14 Sachstandsbericht des Landratsamtes zur Unterbringung von Asylbewerbern im Rahmen der vorläufigen Unterbringung in Donaueschingen

Oberbürgermeister Pauly: begrüßt Herrn Sozialdezernenten Stach und Herrn Weckenmann vom Landratsamt Schwarzwald-Baar-Kreis.

Die betroffenen Gebäude würden sich außerhalb des Konversionsgeländes befinden und würden dem Landratsamt von der BlmA angeboten werden. Die vorläufige Unterbringung der Asylbewerber in Donaueschingen daure maximal 24 Monate. Die anschließende Unterbringung werde nicht in Donaueschingen stattfinden. Eine Prämisse des Landratsamts sei es, leerstehende Gebäude für die Asylbewerberunterbringung zu nutzen. Durch die neue gesetzliche Regelung, die nächstes Jahr in Kraft trete, würden im Sternensaal weniger Plätze vergeben werden, d.h. anstatt 100 würden zukünftig nur noch 65 Plätze vergeben werden.

Herr Stach: Das Landratsamt suche weiter Unterkünfte für Asylbewerber, aber nicht in Donaueschingen. Man müsse noch Erfahrungen sammeln. Am 22. Dezember 2014 finde eine Informationsveranstaltung für Anwohner und Interessierte statt, bei der noch weitere Details bekannt gegeben werden würden.

Stadtrat Roland Erndle: Er danke Herrn Stach für dessen Ausführungen. Er gebe zu bedenken, dass in den neuen Gebäuden 230 junge Menschen untergebracht werden würden. Habe hier das Landratsamt an ein Betreuungsangebot gedacht?

Stadtrat Hall: Auch er bedanke sich bei Herrn Stach. Die Asylunterbringung in Donaueschingen sei sehr vorbildlich. Beim Thema Betreuung sollten die Ehrenamtlichen aber nicht überfordert werden. Er sei der Ansicht, dass zwei Sozialbetreuerstellen unumgänglich seien und dies fordere die CDU auch.

Er verlange vom Landratsamt eine schriftliche Aufstellung anderer Kommunen im Kreis, aus der ersichtlich sein solle, in welcher Stadt eine Anschlussunterbringung angeboten werde.

Stadtrat Karrer: Die Flüchtlinge seien traumatisiert und die Unterkünfte würden deren Heimat werden. Unter diesen Gesichtspunkten halte er die zwei Sozialbetreuerstellen für zu wenig. Dieser Sachverhalt stelle eine Ausnutzung von Ehrenamtlichen dar. Wie sollen die Ehrenamtlichen koordiniert werden, wenn die beiden Betreuerstellen voll ausgelastet seien?

Stadtrat Blaurock: Er schließe sich seinen Vorrednern vollumfänglich an und frage sich, wie die Ehrenamtlichen beworben werden sollten?

Herr Stach: Die Betreuungsangebote in Villingen in den Erbsenlachen würden vorwiegend von der ACK (Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen) angeboten. Die Infoveranstaltung am 22. Dezember 2014 sei für alle Interessierten, auch für ehrenamtliche Helfer. Dort würden Listen ausgelegt werden, in diese man sich eintragen könne. Es würden momentan Gespräche mit kirchlichen Trägern geführt, um die Stelle eines „Kümmerers“ zu schaffen. Die Plätze für die Asylbewerber würden nach Bedarf vergeben werden, so auch die beiden Stellen der Sozialbetreuer. Bei einer Vollbelegung werden dann 2,0 Betreuungsstellen eingerichtet werden.

Die Betreuung in Sternensaal sei sehr gut. Hier gebe es einen guten Helferkreis. Für die Anschlussunterbringung gebe es keine Quote. Nach Ende der vorläufigen Unterbringung hätten die Asylberechtigten freie Wahl. Sie könnten sich eine Unterbringung zuweisen lassen oder auf dem freien Wohnungsmarkt sich eine Wohnung suchen. Dieses Vorgehen liege in Eigenverantwortung der Asylberechtigten. Viermal im Jahr werde eine Liste veröffentlicht, aus der ersichtlich sei, welche Kommune wie viele Personen unterzubringen habe. Die bestehende Kapazität an Unterkünften reiche nicht bis Mitte des nächsten Jahres aus. Weitere Gespräche für vorläufige Unterbringungen würden bereits geführt.

Die 2,0 Betreuerstellen würden nicht ausreichen, wenn es keine andere Hilfe gebe. Man müsse sich auf hauptamtliche Helfer stützen wie beispielsweise Pfarrer. 1,0 Betreuerstellen würden sofort eingerichtet werden. Die Wohnungen würden für Familien mit Kindern hergerichtet werden, es sei aber nicht sicher, dass auch Familien mit Kindern kommen würden. Die Wohnräume würden individuell hergerichtet werden. Um den Asylbewerbern eine Art Alltag zu bieten würden Sprachkurse und andere Freizeitmaßnahmen vorgenommen werden.

Mit der BlmA sei mündlich vereinbart worden, dass die Mietverträge mietzinsfrei blieben. Die freien Geldmittel würde dann für die Asylunterbringung eingesetzt werden. Bislang habe es ein Arbeitsverbot von 15 Monaten jetzt von drei Monaten gegeben. Erst danach dürfe gearbeitet werden. Die Arbeitsfähigkeit müsse hergestellt sein, hierbei sei die Sprache sehr wichtig und dieses Arbeitsfeld müsse intensiviert werden.

Oberbürgermeister Pauly (auf Frage von Stadträtin Riedmaier): Die übrigen leerstehenden Gebäude benötige die BlmA für die deutschen Soldaten. Hier gebe es aber keine konkreten Zusagen.

Drei Dinge seien festzuhalten: Der Gemeinderat lege Wert auf die soziale Betreuung. Deshalb bestehe der Gemeinderat auch auf die Zusage von zwei Betreuerstellen. Er bitte Herrn Stach darum, dies dem Landrat so mitzuteilen.

Die Stadt habe kein Mitspracherecht auf rechtlicher Ebene. Für die Einrichtung der Asylbewerberunterkünfte sei keine Baugenehmigung erforderlich.

Er weise nochmals auf die Veranstaltung am 22. Dezember 2014 hin. Es würden die Anwohner mit einem separaten Schreiben eingeladen werden. Auch über die Presse werde die Veranstaltung bekannt gemacht werden. Man müsse die ehrenamtlichen Helfer für die kommende Asylbewerberunterbringung begeistern, nur so könnten Helfer gefunden werden.

Beschluss: Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.
(einstimmig)

3) TOP 7-006/14 Jahresabschluss 2013 - Eigenbetrieb Abwasser - Prüfung

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

4) TOP 7-005/14 Jahresabschluss 2013 - Eigenbetrieb Wasserwerk - Prüfung

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

5) TOP 1-101/14 Feststellung Jahresabschluss 2013 des Eigenbetriebs Wasserwerk

Beschluss:

Den Beschlussvorschlägen Nr. 1, Nr. 2 und Nr.3 der Verwaltung wird zugestimmt.

(Einstimmig)

**6) TOP 1-100/14 Feststellung Jahresabschluss 2013 des Eigenbetriebs Abwasser-
beseitigung**

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

7) TOP 1-148/14 Amt 4 Stadtbauamt Sachgebiet 43 -Tiefbau, Abwasserbeseitigung- Wiederbesetzung Stelle Vermessungstechniker/in

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(Einstimmig)

**8) TOP 1-145/14 Amt 2 Kultur, Tourismus und Marketing - Besetzung Vertretungs-
stelle in der Tourist-Info**

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

9) TOP 1-147/14 Amt 2 Kultur, Tourismus und Marketing Sachgebiet 24 - Wiederbesetzung Stelle Sachgebietsleiter/in Vereinsförderung, Sport

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

**10) TOP 1-146/14 Amt 4 Stadtbauamt SG 46 Wasserwerk Wiederbesetzung Stelle
Facharbeiter/in**

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(Einstimmig)

11) TOP 1-138/14 Reitturnier Donaueschingen GmbH - Weisungsbeschlüsse des Gemeinderats für 2015

Oberbürgermeister Pauly: führt in den Tagesordnungspunkt ein. Es sei eine Änderung des Gesellschaftsvertrages vorgesehen.

Oberbürgermeister Pauly: (auf Anfrage von Herrn Stadtrat Kuttruff) Die Stadt werde durch den Oberbürgermeister als Gesellschafter vertreten. So sei es nicht ratsam, dass dieser auch gleichzeitig Geschäftsführer sei.

Stadtrat Blaurock: Er beantrage, dass der Wirtschaftsplan in der morgigen Gesellschafterversammlung besprochen werde.

Beschluss: Dem Beschlussvorschlag 1, 2 und 3 der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

12) TOP 4-139/14 Neugestaltung Bereich Stadtkirche / Residenz, Antrag FDP/FW-Fraktion - nachträgliche Bearbeitung Natursteinpflaster

Stadtrat Kuttruff: Er danke der Verwaltung für die schnelle Bearbeitung des Antrages der FDP/FW-Fraktion. Die Baumaßnahme sei noch nicht abgeschlossen und so könnten die Kosten des Austauschs der Steine niedriger gehalten werden, als beispielsweise in fünf bis zehn Jahren. Ein Austausch der Steine wäre keine Blamage, andere Gemeinden würden auch nachbessern.

Ein barrierefreier Tourismus müsse gewährleistet sein, doch momentan sei es für viele beschwerlich, sich im Residenzbereich fortzubewegen.

Der damalige Ortstermin der von Herrn Bürgermeister Kaiser geleitet worden sei, sei sehr unbefriedigend gewesen, da es bei diesem allein nur um die Farbgebung gegangen sei. Er bitte die anderen Fraktionen um ihre Unterstützung, damit der barrierefreie Tourismus gefördert würde. Hier gäbe es auch Fördermittel der EU.

Stadtrat Karrer: Jetzt sei die Zeit für den Austausch. Der angesprochene Ortstermin sei witterungsbedingt schlecht für die Auswahl der Steine gewesen. Rollstuhlfahrer oder Menschen mit Gehhilfen würden 30 % mehr Kraftaufwand benötigen, um an der Stadtkirche die Straße hinaufzukommen. So könnten die Bewohner des Altenheimes St. Michael nicht mehr aus eigener Kraft in die Stadt gelangen. Die vorgeschlagene Auswechslung der Steine würde optisch keine Änderungen hervorrufen.

Stadtrat Blaurock: Man dürfe nicht vergessen, was im Residenzbereich geplant gewesen sei. Man habe einen Stadtboden wollen und diese Idee solle nicht aufgegeben werden. Als Erweiterung der Überlegungen könne er sich vorstellen, dass man nicht nur eine Achse von Nord nach Süd, sondern auch Querungen einarbeiten könne, damit die Straße gefahrlos gequert werden könne. Er schlage vor, dass bevor jetzt alles ausgebaut werde, man ein Muster von ein bis zwei Quadratmetern lege, um zu sehen, wie der neue Boden wirke. Die Schulfrage sei beim Planer.

Stadtrat Hall: Die Begehbarkeit der Steine sei eingeschränkt. So müsse etwas geändert werden. Doch müsse eine Bemusterung erfolgen, bevor die Änderung vorgenommen werde.

Stadtrat Wild: Auch er bedanke sich bei der FDP/FW-Fraktion für die Antragsstellung. Er habe bemerkt, dass die Fugen zwischen den Steinen noch nicht ganz befüllt seien. Vielleicht könne man dort nachbessern. Er stimme dem Antrag zu, dass eine Bemusterung der neuen Steine vor Veränderung erfolgen solle, aber er sehe die komplette Auswechslung der Steine als letzte Alternative. Er möchte gerne zwei Jahre abwarten, bevor man etwas ändere.

Stadtrat Durler: Er wisse, dass es in Konstanz technisch möglich gewesen sei, die Steine einzuschlämmen und dann abzuschleifen. Die Begehbarkeit habe sich verbessert, aber die optische Änderung sei unwesentlich gewesen. Er stimme für einen Kompromiss, dass ein Muster verlegt werde. Es befinde sich auch in Pfohren der jetzt beantragte Belag. Die Abstimmung solle vertagt werden, da eine jetzige Entscheidung Kosten nach sich ziehe.

Stadtbaumeister Bunse: Er habe das Projekt von Anfang an mitbetreut. Es sei der Wunsch des Gemeinderats gewesen, dass das Granitpflaster im Residenzbereich nach Möglichkeit unverbunden verlegt werde, ohne bituminösen Untergrund. Schlussendlich sei auch die Entscheidung für dieses Pflaster gefallen, da der raue Belag die Autos bremse. Der neue Belag in Pfohren liege nun schon drei Jahre und habe sich bewährt, man könne gerne dort einen Ortstermin abhalten. Er sehe das Problem nicht in der Beschaffenheit der Steine, sondern in der Steigung der Straße. Er spreche sich gegen die von Herrn Stadtrat Blaurock vorgeschlagenen Querungen in der Straße, da nur 10-20 % der Fußgänger die Querungen nutzen würden, während die restlichen 80-90 % schon die für sie richtige Straßenseite nutzen würden.

Man müsse heute noch eine Entscheidung treffen, da die Ausschreibung des dritten Bauabschnittes noch diese Jahr veröffentlicht werden müsse. In dieser Ausschreibung schlage er keine Veränderung vor. Es fehle noch die Bepflasterung vor dem Lammtor, die Verlegung von Kleinpflaster (5x5 cm) vor der Donauquelle und die Bepflasterung im Bereich der Fürstenbergstraße und der Heinrich-Feurstein-Straße.

Stadtrat Bäurer: Das Gremium sei heute nicht entscheidungsfähig. Eine Bemusterung solle erfolgen, damit ein direkter Vergleich gegeben sei. Er rege an, dass die Bepflasterung vor dem Aufzug glatt ausgeführt werde, damit dieser Bereich behindertengerecht sei.

Stadtrat Hall: Eine Abstimmung ohne Bemusterung könne nicht erfolgen. Die Bemusterung solle für nächste Woche vor dem Aufzug terminiert werden.

Oberbürgermeister Pauly: Sicherlich gebe es Gründe für die Unzufriedenheit einiger Bürger. Doch er habe Bedenken, dass bei einer überstürzten Entscheidung des Gemeinderats Steuergelder verschwendet würden. Der Belag sei jetzt frisch verlegt und nun könne man mit dem Stadtboden Erfahrungen sammeln. Er sei der Meinung, dass das Problem oftmals überspitzt dargestellt werde.

Bürgermeister Kaiser: Er habe das Thema von Anfang an mitbegleitet. Die Berechnung des 5x5 cm Pflasters vor der Donauquelle sei aktualisiert worden und werde teurer sein als dargestellt. Er sehe kein Problem darin, sich den Residenzbereich nächste Woche anzuschauen und eine Musterstelle einzurichten. Vielleicht gebe es eine Möglichkeit, die verlegten Steine flacher hinzubekommen.

Stadtrat Kuttruff: Er stelle den Antrag, dass man den Tagesordnungspunkt auf nächste Woche vertage, damit man den Platz in Pfohren besichtigen könne und daraus eine Entscheidung treffen könne.

Stadtbaumeister Bunse: Er empfehle, dass man die momentane Bepflasterung so belasse, vor der Donauquelle die Steine mit 5x5 cm verlegt werden und die Planung für den Platz vor dem Aufzug so verändert werde, dass dort glatte Steine verlegt werden.

Stadtrat Dr. Wagner: Wenn vor dem Aufzug ein glatter Belag verlegt werden könne, warum werde dann keiner bei der Steigung an der Stadtkirche verlegt?

Oberbürgermeister Pauly: Der Platz vor dem Aufzug solle als Musterfläche dienen, so habe

man eine glatte und eine gebrochene Fläche als Ansicht.

Stadträtin Dr. Jarsumbek: Sie stelle den Antrag auf sofortige Abstimmung.

Die Sitzung wird für 10 Minuten unterbrochen.

Stadtrat Kuttruff: Er ziehe den Antrag auf Vertagung des Tagesordnungspunktes zurück und stimme für einen veränderten Beschlussvorschlag.

Stadträtin Dr. Jarsumbek: Sie ziehe den Antrag auf sofortige Abstimmung zurück.

Beschluss:

Das Gremium stimmt folgendem Beschlussvorschlag zu:

1. Im Bereich an der Heinrich-Feurstein-Straße, Fürstenbergstraße und Zugang zum Aufzug soll der gesägte Stein verlegt werden.

(34 Ja, 1 Enthaltung)

2. Für den Bereich vor der Donauquelle sollen zwei Angebote eingeholt werden. Eines mit Steinen 5x5 cm spaltrau und eines mit gesägten Steinen. Eine Abstimmung erfolge nur mit Bemusterung.

(einstimmig)

3. Der schon verlegte Belag im Residenzbereich bleibt unverändert.

(25 Ja, 10 Nein)

13) TOP 4-141/14 Sanierung Donauquelle / Donaueschingen - Vergabe Steinkonservierung

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(33 Ja, 1 Enthaltung)

14) TOP 4-138/14 Mosterei Hubertshofen - Satzungsänderung

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

15) TOP 4-142/14 L 180 / Hauptstraße, Ortsdurchfahrt Wolterdingen - überplanmäßige Ausgabe

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag 1 und 2 der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

16) TOP 1-130/14 Haushalt 2015 - Beratung des Finanzhaushalts

Herr Oberbürgermeister Pauly führt anhand der Sitzungsvorlage in den Tagesordnungspunkt ein. Ziel sei es, dass sich die Stadt im Haushalt 2015 und in der mittelfristigen Finanzplanung nicht verschulde. Einzelne Punkte seien von der Verwaltung aus dem Haushalt 2015 und der mittelfristigen Finanzplanung herausgenommen worden.

Herr Stadtrat Hall: Man müsse von den Kosten runterkommen. Für den Haushalt 2015 sollte der Fokus auf die Sanierung der städtischen Gebäude gesetzt werden, vor allem in den Ortsteilen.

Rathaus I und Rathaus II

- Sitzungssaal Wärmeschutzverglasung

Herr Stadtrat Hall: Diese Position solle aus der mittelfristigen Finanzplanung komplett gestrichen werden.

Beschluss: Die Position wird aus dem Finanzhaushalt gestrichen.

(27 Ja, 3 Nein, 4 Enthaltungen)

- Aufzug Rathaus I Planung und Baukosten

Herr Stadtrat Karrer: Diese Position solle jeweils um ein Jahr geschoben werden.

Beschluss: Der Verschiebung der Planungskosten (25.000 €) von 2015 in 2016, der Baukosten (600.000 €) von 2016 in 2017 und der Baukosten (400.000 €) von 2017 in 2018 wird zugestimmt.

(29 Ja, 5 Nein)

EDV

- EDV Netzplanung
- EDV Baukosten

Herr Stadtrat Kuttruff: Die Planung und die Baukosten sollen jeweils um ein Jahr verschoben werden.

Beschluss: Der Verschiebung der EDV-Netz Planung (30.000 €) von 2015 in 2016, der EDV-Netz Baukosten (125.000 €) von 2016 in 2017 und der Baukosten (125.000 €) von 2017 in 2018 wird zugestimmt.

(einstimmig)

Eichendorffschule-Turnhallen

- Generalsanierung Halle I, Baukosten

Herr Stadtrat Hall: Die Generalsanierung solle wieder in die mittelfristige Finanzplanung aufgenommen werden. Die Schule brauche mehr Attraktivität.

Herr Stadtbaumeister Bunse: Die Generalsanierung koste 600.000 €.

Herr Stadtrat Blaurock: Es müsse 2015 eine Planungsrate eingestellt werden.

Beschluss: Der Einstellung einer Planungsrate (50.000 €) im Haushalt 2015 und den Baukosten (350.000 €) in 2016 wird zugestimmt.

(einstimmig)

Baarsporthalle

- Generalsanierung Gummiplatz

Herr Stadtrat Hall: Der Ansatz sei komplett gestrichen worden. Er plädiere für eine Wiederaufnahme der Sanierungskosten für das Haushaltsjahr 2015.

Beschluss: Die Kosten der Generalsanierung (80.000 €) werden in den Haushalt 2015 wieder aufgenommen.

(31 Ja, 3 Enthaltungen)

- Ersatzbeschaffung Turngeräte

Herr Stadtrat Hall: die CDU beantrage, die Beträge von 2015 und von 2017 zusammenzufassen und auf die Jahre 2015, 2016 und 2017 gleichmäßig zu verteilen.

Beschluss: Die Verwaltung wird beauftragt, die zusammengeführten Kosten gleichmäßig auf die Jahre 2015 (11.000 €), 2016 (11.000 €) und 2017 (11.000 €) zu verteilen.

(einstimmig)

Heimspflege, Kunst

- Ankauf von Arbeiten

Herr Stadtrat Karrer: Die gestrichenen Beträge sollen in allen Jahren wieder eingeplant werden.

Beschluss: Die gestrichenen Gelder für den Ankauf von Arbeiten solle wieder in die mittelfristige Finanzplanung in den Jahren 2015, 2016 und 2017 mit jeweils 5.000 € mit aufgenommen werden.

(einstimmig)

Oberbürgermeister Pauly: Die restlichen Beratungen zum Finanzhaushalt würden in der nächsten Sitzung fortgesetzt.

17) TOP Anfragen aus dem Gemeinderat und Verschiedenes

Bürgermeister Kaiser (auf Anfrage von Stadtrat Roland Erndle: Im Residenzbereich bestehe ein Zonenhalteverbot. Der Gemeindevollzugsdienst habe den Auftrag, in diesem Bereich zu verschiedenen Zeiten zu kontrollieren und Verstöße zu ahnden.

Die Bodenwelle werde durch das Stadtbauamt geprüft.

Bürgermeister Kaiser (auf Anfrage von Stadträtin Blaurock): Der neue Parkplatz hinter dem Lidl Gebäude sei suboptimal frequentiert. Er führe dies auf die begrenzte Parkdauer von drei Stunden zurück, welche vom Gemeinderat beschlossen worden sei.

Oberbürgermeister Pauly: Er wolle eine Pressemitteilung des Südkurier klarstellen. Er habe sich nicht, wie in der Zeitung geschrieben, bei einer Wehrübung der Bundeswehr befunden, sondern er habe die Kleingärtner an besagtem Wochenende auf eine Veranstaltung nach Berlin begleitet.